

Ä1 zu A32: Erst Stadt, dann Spiele – Olympia in Köln nachhaltig gestalten

Antragsteller*innen

SB Innenstadt

Antragstext

Von Zeile 1 bis 25:

Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, eine Bewerbung Kölns als “Leading City” für Olympische Spiele der Region Rhein-Ruhr ~~(2036/40/44) nur zu unterstützen, wenn die geplanten Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden sowie langfristig einen echten sozialen und infrastrukturellen Mehrwert für die Menschen in ganz Köln und besonders in den Randbezirken schaffen.~~ (2036/40/44) nicht zu unterstützen. Die Jusos Köln sprechen sich gegen eine Bewerbung der Stadt Köln und der Rhein-Ruhr-Region für die Olympischen Spiele aus.

~~Daher fordern wir:~~

- ~~1. Das geplante Olympische Dorf im Kölner Norden (Kreuzfeld) muss von Beginn an so konzipiert werden, dass es nach den Olympischen Spielen dauerhaft in ein bezahlbares, sozial durchmischtes Wohnviertel überführt wird.~~
- ~~2. Der Bau einer neuen S-Bahn-Station, neuer Autobahnab- und -zufahrten sowie eines flächendeckenden Netzes sicherer Fahrradwege muss verbindlich zugesagt, frühzeitig umgesetzt und langfristig gesichert werden.~~
- ~~3. Öffentliche Investitionen dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen, sondern müssen nachweislich den Bürger:innen vor Ort dienen.~~
- ~~4. Einbeziehung der Randbezirke in die Austragung und Planung. Olympische Veranstaltungen sollen bewusst auch außerhalb der Innenstadt stattfinden, damit Investitionen gerecht verteilt werden und nicht nur das Zentrum profitiert.~~
- ~~5. Öffentliche Gelder müssen der Allgemeinheit dienen, Investitionen durch Bund und Land dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen. Alle Maßnahmen müssen nachweislich den Bewohner*innen vor Ort nutzen.~~
- ~~6. Langfristige und vorausschauende finanzielle Planung, um Kostenexplosionen zu vermeiden.~~

~~Eine Zustimmung zu Olympia kann es nur geben, wenn diese infrastrukturellen Verbesserungen vorab politisch beschlossen, nachhaltig geplant und ihr dauerhafter Bestand garantiert wird.~~

Begründung

Die Haushaltslage der Stadt Köln ist derzeit mehr als angespannt. Die Haushaltssperre bedroht bereits jetzt wichtige Strukturen im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich. Eine erfolgreiche Olympiabewerbung würde zu einer weiter steigenden Belastung für den Haushalt der Stadt führen und dies über Jahre hinweg. Mögliche Zuschüsse von Bund und Land werden hierbei in keinem Fall in vollem Umfang die nötigen Ausgaben für Olympia abdecken. Geld, das für Sportgroßveranstaltungen verwendet wird, fehlt an anderer Stelle. Die Folge wäre weitere Kürzungen zum Nachteil des sozialen und kulturellen Bereichs.

Der oftmals hervorgehobene Effekt, durch Veranstaltungen wie Olympia käme es zu Mehreinnahmen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand, ist wissenschaftlich widerlegt. Die Kosten für die öffentliche Hand übersteigen in jedem Fall die Mehreinnahmen durch die olympischen Spiele.

Die Stadt München hat im Falle einer erfolgreichen Olympiabewerbung mit Kosten von mindestens 18 Milliarden Euro kalkuliert. Für Köln und NRW fehlt bis heute eine verlässliche Einschätzung zu den Kosten für Olympia. Die Schätzung aus München, welches über bedeutend mehr passende Sportstätten verfügt, zeigt jedoch in welchen Dimensionen sich die Kosten für Olympia bewegen. Umso unseriöser erscheint es daher, dass eine Olympiabewerbung von NRW abgegeben werden soll ohne eine grobe Kostenschätzung.

Anders als Olympiabefürworter*innen es suggerieren, würde nicht mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Die Veranstaltung von olympischen Spielen führt im Regelfall zur Aufwertung der dortigen Gegend und somit zu stark steigenden Preisen. So entsteht allenfalls Wohnraum, dieser ist jedoch nicht bezahlbar und führt sogar zur Verdrängung von Einkommensschwachen.

In Köln wäre besonders das neu geplante Kreuzfeld betroffen. Die bisherigen Planungen müssten zum Teil über Bord geworfen werden. Auch dies verursacht wieder einmal Mehrkosten, wofür allein der Haushalt der Stadt Köln aufkommt. Der Bau eines Leichtathletikstadions in Kreuzfeld würde wertvolle Fläche versiegeln, die sich langfristig besser für Wohnraum als für ein überdimensioniertes Stadion eignen würde. Das Olympiadorf könnte zwar nach Abschluss der Spiele in Wohnraum umgewandelt werden, doch nur im Gegenzug zu deutlich höheren Kosten als der normale Bau von Wohnraum erfordern würde.

Auch die Stadt Paris versuchte bereits ihr Olympiadorf in bezahlbaren Wohnraum umzuwandeln, hatte hierbei jedoch nur mäßigen Erfolg. Es fanden sich nur wenige Kaufinteressent*innen für die Wohnungen, weil diese vielfach zu teuer waren. Ein günstigerer Verkauf wiederum hätte zu hohen Verlusten bei der Stadt geführt. Eine Olympiabewerbung ist somit nicht vereinbar mit den derzeitigen Kürzungen im

sozialen und kulturellen Bereich, den wir derzeit erleben. Ein kurzfristiges Event ohne nachhaltige wirtschaftliche Effekte darf nicht auf Rücken der Schwachen ausgetragen werden.

Eine zusammengefasste Übersicht über die Einschätzung deutscher Wirtschaftsinstitute findet sich hier: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/preise-wohnen-konjunktur-was-bringt-olympia-fur-die-wirtschaft--und-was-nicht-14646527.html>